



Pressemitteilung

Ruhen des Verfahrens beantragt – sofortige Beendigung des Projektes gefordert.

Mainz / Wiesbaden, 03.12.2010: Das Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden hat im gegen das Kohlekraftwerk Mainz vor dem OVG Koblenz für die von ihm unterstützten Privatkläger geführten Verfahren nun das Ruhen des Verfahrens beantragt. Gleichzeitig wurde in einer abgestimmten Aktion in sämtlichen weiteren vor dem OVG Koblenz geführten Verfahren (Stadt Wiesbaden, BUND, weitere Privatkläger) ebenfalls beantragt, das Verfahren ruhend zu stellen.

"Nachdem das beklagte Land Rheinland-Pfalz bereits im September 2010 seine Zustimmung zu einem Ruhen der Verfahren signalisiert hatte und der Aufsichtsrat der KMW begrüßenswerterweise am 15.12.2010 wohl einen entsprechenden Beschluss fassen wird, konnten wir diesen Schritt nun gehen. Es ist erfreulich, dass nun unnützer Aufwand und Verfahrenskosten in den gerichtlichen Verfahren gespart werden.", so Marc Legg, 1. Vorsitzender des Bündnisses.

"Gleichzeitig fordern wir die Aufsichtsratsmitglieder jedoch auf, am 15.12.2010 den längst überfälligen Schritt zu gehen und hier eine grundsätzliche Entscheidung mit dem Inhalt zu treffen, dass die KMW AG in ihrer Unternehmenspolitik darauf verzichten wird, Kohlestrom zu produzieren oder mit solchem zu handeln. Insbesondere den vom Bündnis unterstützten Privatkägern, die im Interesse der Allgemeinheit nicht unerhebliche Risiken eingegangen sind, um das Kohlekraftwerk zu verhindern, ist eine weitere Hängepartie nicht mehr zuzumuten, denn es herrscht in beiden Städten auf allen Ebenen doch Einigkeit, dass das Kohlekraftwerk nicht nur eingefroren, sondern tot ist.

Der Aufsichtsrat muss daher beschließen, das Verfahren einzustellen und die bereits erteilten Genehmigungen zurückzugeben. Wir sollten das Projekt endlich zu Grabe tragen, bevor es anfängt, noch schlechter zu riechen, als es das jetzt schon tut.", so Marc Legg abschließend.